

# Transparenz ist nicht dringendste Sache

**Politfinanzierung** Einige politische Parteien im Kanton Zug haben ein zwiespältiges Verhältnis, was die Offenlegung ihrer Finanzen angeht. Moderate Unterstützung für ihre Transparenzforderung erhält die Linke von der GLP.

**Harry Ziegler**  
harry.ziegler@zugerzeitung.ch

Transparenz in der Politfinanzierung: Das fordert die Alternative-die Grünen (ALG) des Kantons Zug mittels einer Kampagne, die am Montag startete. Die ALG legt nicht nur ihr eigenes Wahlbudget sowie die Interessenbindungen ihrer Mandatsträger offen, sie verlangt dies auch von den anderen Zuger Parteien (Ausgabe vom Dienstag).

Mit ihrer Forderung nach Regelung der Parteienfinanzierung stösst die ALG nicht nur auf Gegenliebe. Kurz und klar antwortet Monika Barmet, Vizepräsidentin der kantonalen CVP und Kantonsrätin (Menzingen): «Wir werden dies noch parteiintern diskutieren – aber vorerst sehe ich keinen Handlungsbedarf.»

## Das heutige System funktioniert

«Das ist ein altes Thema, auch auf Bundesebene», sagt Nationalrat und Präsident der kantonalen SVP, Thomas Aeschi. Er stelle fest, dass dort, wo die Parteienfinanzierung geregelt sei, diese meist nicht funktioniere. Als Beispiel nennt Aeschi die USA. «Dort werden die gesetzten Schwellenwerte immer wieder umgangen. Das wäre auch bei uns wahrscheinlich.» Ausserdem findet Aeschi es wichtig, dass Leute, die eine Partei oder einen Politiker unterstützen wollen, dies auch tun können – und zwar ohne dies offenlegen zu müssen. Schliesslich könne es sein, dass ein Geschäftsmann um Kunden fürchten müsse, wenn er offenlegen müsste, dass er eine bestimmte Partei oder eine be-

stimmte Person unterstützt habe. «Es braucht ein gewisses Geheimnis. Das ist für unser Milizsystem wichtig», so Aeschi. «Und so schlecht funktioniert das heutige System nicht», erklärt der SVP-Präsident.

## Langjähriger Einsatz für Transparenz

«Die SP Kanton Zug hat gerade vor drei Monaten, im letzten März, eine entsprechende Motion eingereicht, die die Offenlegung der Finanzen fordert», schreibt die Präsidentin der kantonalen SP, die Zuger Gemeinde- und Kantonsrätin Barbara Gysel. «Die Beantwortung ist hängig. Gut, dass die ALG nachhakt», so die SP-Regierungsratskandidatin. Zudem habe die SP eine nationale Initiative zum Thema lanciert, die im Oktober 2017 einge-

**«Vorerst sehe ich keinen Handlungsbedarf.»**

**Monika Barmet**  
Vizepräsidentin  
CVP Kanton Zug

reicht wurde. Und 2013 habe die Fraktion im Kantonsrat ein Postulat eingereicht. «Die Linken setzen sich bereits seit Jahren in Zug für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung ein.» Wie die SP mit ihren Finanzen umgehe, sei offen. «Gewisse Widerstände gegen mehr Transparenz stellen wir etwa bei der SVP fest», so Gysel. Es gebe aber verschiedentlich auch Bürgerliche, die sich dafür einsetzen, wie etwa SVP-Nationalrat Lukas Reimann, der parteilose Schaffhauser Ständerat Thomas Minder oder FDP-Ständerat Andrea Caroni. «Wir bleiben also optimistisch.»

Ein echter Vergleich bleibe zwar schwierig, es sei allerdings ein Schritt in die richtige Richtung. «Sogar wenn alle Kantonalparteien ihre Budgets ausweisen, geben sie die effektiven Ausgaben nicht eindeutig vergleichbar wieder. Kantonalparteien, Sektionen und einzelne Kandidierende plus Komitees führen unter Umständen ja getrennte Wahlkampagnenbudgets», führt die SP-Präsidentin aus. «Da die Schweiz das einzige Land der Europaratsstaaten ohne Regelung zur Politikfinanzierung ist, bleibt das Thema wichtig.» Wichtig sei auch, dass eine allfällige Lösung nicht eine im Stil der USA sein muss, sondern eine helvetisierte. Und laut Gysel ist spannend zu sehen, was beispielsweise in den Kantonen Schwyz und Freiburg geschieht. Diese Kantone haben Transparenzinitiativen der Juso angenommen und müssen diese nun umsetzen. «Mehr Transparenz schmälert den Einfluss des Geldes nicht. Aber in einer Demokratie sollten Bürgerinnen

und Bürger ein Recht auf mehr Transparenz haben», ist Gysel überzeugt.

## Erstaunen bei der FDP wegen Ideenklau

Erstaunt zeigt sich die FDP, «dass in diesem Bereich die ALG die Themen ihrer Schwesterpartei SP klaut, welche mit einer Motion im März 2018 genau mit diesem Thema an die Regierung gelangt ist», führt der Präsident der FDP des Kantons Zug, Kantonsrat und Regierungsratskandidat Andreas Hostettler (Baar) schriftlich aus. Die FDP lege an der Generalversammlung jeweils unter Anwesenheit der Medien ihre Erfolgsrechnungen zur Abstimmung vor. Dort sei ersichtlich, woher die Gelder stammen. Eine Regelung wie in den USA führe kaum zu besserer Politik, so Hostettler.

Es erstaunt den Präsidenten der FDP des Kantons Zug ausserdem wenig, «dass genau im Zeitpunkt des Vorwahlkampfes dieses Thema nun plötzlich auch von der ALG medienwirksam auf die Plakatwände gebracht wird». Für Hostettler ist dieses Verhalten inkonsequent. «Als es vor nicht einmal einem Jahr darum ging, welche Spender die Kosten für die linken Jungpolitiker in der Zuger Plakat-Affäre bezahlt haben, hiess es, dass die Spender partout nicht verraten werden», schreibt Hostettler auf Anfrage. Zehn Monate später laut nach weniger Filz zu rufen, schein ihm unglaubwürdig. «Es entlarvt die Motivation dieser Kampagne: Wahlkampf.»

Für die FDP sei eine Offenlegung der Interessensbindungen eher eine organisatorische Sache. Mit wenig Aufwand könne ein Register, beispielsweise auf

**«Es entlarvt die Motivation dieser Kampagne: Wahlkampf.»**

**Andreas Hostettler**  
Präsident FDP Kanton Zug

«iZug», erstellt werden. Die zur Bestückung notwendigen Informationen fänden sich hinsichtlich des öffentlichen Engagements einer Person im Staatskalender, andererseits auch im Handelsregister, was die allfällige wirtschaftliche Tätigkeit betreffe. «Die Auflistung von Dorfvereinsmitgliedschaften dient mehr dem Ego und dem Wahlkampf als einer echten Transparenz», schreibt Hostettler.

## Zuger GLP wird das Wahlbudget offenlegen

«Die Grünliberalen (GLP) befürworten grundsätzlich Transparenz bei Parteien- und Abstimmungsfinanzierung», schreibt Daniel Stadlin, Vizepräsident der GLP des Kantons Zug, Zuger Kantonsrat und Regierungsratskandidat. Dass die Schweiz hierzu keine flächendeckende Trans-

parenzregel kenne, sei unbefriedigend – in naher Zukunft müsse hier etwas geschehen. «Die Abstimmungen im Kanton Freiburg und Kanton Schwyz zeigen klar, dass die fehlende Finanzierstransparenz in der Politik durchaus als Problem wahrgenommen wird», so Stadlin. Für die GLP stelle sich die Frage, wie die Parteien- und Abstimmungsfinanzierung geregelt werden und wie weit die Offenlegung gehen solle. «Geld spielt bei politischen Kampagnen sicher eine Rolle. Wie gross der Einfluss letztlich ist, ist aber unklar. Zumindest gibt es in der Schweiz keinen empirisch signifikanten Zusammenhang zwischen aufwendigen Wahlkampagnen und entsprechenden Wahlerfolgen», führt der GLP-Kantonsrat aus. Die Grünliberalen erachten es laut Stadlin als sinnvoll «Wahlen und Abstimmungen betreffend der Finanzierung transparenter zu machen und hierzu klare Vorgaben zu schaffen».

«Unabhängig von der Kampagne der ALG beabsichtigen wir, das Wahlbudget auf unserer neuen Website abzubilden», schreibt Stadlin weiter. Noch sei allerdings nicht festgelegt, in welchem Detailgrad die Offenlegung des Wahlbudgets geschehen werde. Aber: Eine Offenlegung – so sinnvoll eine Regelung auch sei – müsse möglichst unbürokratisch erfolgen. Freigrenzen und Zuwendungen dürften nicht zu tief angesetzt sein. «Denn öffentliche Aufgaben, die meist nebenberuflich ausgeübt werden, sind das Fundament unserer direkten Demokratie und für das Schweizer Milizsystem von elementarer Bedeutung.»

## Dafür haben sie keine Lösung

**Risch** An der Podiumsdiskussion «Wachstum ohne Grenzen?» der Grünen Risch-Rotkreuz sind zwei Lokalpolitiker sichtlich überfordert. Verständlicherweise.

Unendliches Wachstum auf begrenztem Raum. «Das sagt nur ein Irrer – oder ein Ökonom.» Der Journalist und Buchautor Hanspeter Guggenbühl gräbt das griffigste Zitat des renommierten US-Ökonomen Kenneth Boulding aus, um seinen Standpunkt zu illustrieren. «Die gegenwärtige Wachstums-Maxime der Wirtschaft fährt uns über kurz oder lang an eine Wand.»

Vergangenen Dienstag eröffnete er als Gastreferent die Podiumsdiskussion der Grünen Risch-Rotkreuz zum Thema «Wachstum ohne Grenzen?» in der Rotkreuzer Dorfmatte. Guggenbühl fordert Wachstumsstopp. Das bedeutet unter anderem Stopp des Bevölkerungswachstums und des Konsumwachstums. Global. Guggenbühl hat die grossen Schrauben im Visier. Als Dreh- und Angelpunkt rückt er die systematische Internalisierung bislang externalisierter Kosten in den Fokus. «Würden sich bei den Preisbildungsmechanismen etwa von Energiepreisen alle effektiven Kosten niederschlagen, würde dieser gewaltig in die Höhe schiessen.» Kosten etwa, die bei der



Rotkreuz ist in den letzten 25 Jahren enorm gewachsen.

Bild: Daniel Frischherz/Zuger Presse (30. April 2018)

Atomenergie im Endlager auf kommende Generationen abgewälzt werden. Oder bei fossilen Brennstoffen auf Betroffene des Klimawandels. «Wir müssen der Natur einen Preis geben.» Nur wenn die Auswirkungen wirtschaftlichen Handelns auf soziales, menschliches und natürliches Kapital mit in das ökonomische Kalkül einfließen, komme die Wachstumsmanie zur Raison.

## Ein beachtenswertes Stück Systemkritik

«Rotkreuz hat in den vergangenen fünfzig Jahren ein enormes Wachstum erlebt», sagt Konradin Franzini. Er ist Co-Präsident der Jungen Alternative Zug und Vorstandsmitglied der Grünen Risch-Rotkreuz und lancierte die Podiumsdiskussion mit. «Das beginnen die Leute jetzt zu spüren.» Etwa am geplanten Autobahn-Halbanschluss an der Buonaserstrasse, meint er. In der anschließenden Podiumsdiskussion bemühten sich die beiden Regierungsratskandidaten Andreas Hürlimann (ALG) und Andreas Hostettler (FDP), lokale Lösungsansätze für den Wachstumsdruck im Kanton zu finden.

Bald wird klar, weshalb das nicht gelingen kann: «Um einen Verzicht kommen wir nicht herum, wenn wir das Wachstum stoppen wollen», stimmt Hostettler Guggenbühl zu. «Mit Verzicht gewinnt man aber keine Wahlen.»

Auch Hürlimann sieht die Grundsatzproblematik. «Das ist leider wahr.» Ein beachtenswertes Stück Systemkritik. Doch dabei belassen es die beiden Politiker und diskutieren lieber wieder Wege, den Wachstumsdruck auf Zug graduell einzudämmen. «Auf dem Bauland, das wir haben, müssen wir intelligent bauen», sagt Hofstetter und meint konkret «verdichten». Hürlimann spricht über Vorzeigebauten in Hünenberg mit Minergie-P-Standard und deren Energiebilanz. Doch ob nun mehr Menschen pro Quadratmeter oder weniger Energie pro Mensch, die Visionen der beiden Politiker beschränken sich darauf, mit anhaltender Effizienzsteigerung ein anhaltendes Wachstum zu ermöglichen. Ein Ende ist dabei nicht in Sicht.

**Wolfgang Meyer**  
redaktion@zugerzeitung.ch